

SCHWÄBISCHES TAGBLATT

FREITAG, DEN 25. JULI 1947 VERLAG UND SCHRIFTFLEITUNG: TUBINGEN, UHLANDSTRASSE 2 3. JAHRGANG / NUMMER 59

Die Regierung ist gebildet

Staatspräsident Bock gibt in seiner Regierungserklärung einen Rechenschaftsbericht / Vertrauensvotum des Landtags

BEDENHAUSEN. Staatspräsident Lorenz Bock hat in der vierten Sitzung des Landtags von Württemberg-Hohenzollern am Nachmittag des 22. Juli durch Berufung der Minister die Regierung gebildet. Der ersten verfassungsmäßigen Regierung des Landes gehören als Minister an:

CDU:
Kultus, Erziehung und Kunst: Dr. Albert Sauer;
Landwirtschaft und Ernährung: Dr. Franz Weiß;
Arbeit und Sozialwesen: Eugen Wirsching;
Finanzen: vorläufig Staatspräsident Bock.

SPD:
Justiz: Prof. Dr. Karl Schmid;
Inneres: Viktor Renner.

DVP:
Wirtschaft: Eberhard Wildermuth.

Anschließend an die Berufung durch den Staatspräsidenten vereidigte Landtagspräsident Gengler die Minister auf die Verfassung.

Mit der Not wachsen die Aufgaben

Landtagspräsident Gengler eröffnete die Sitzung mit der Bekanntgabe einer Reihe von Gesetzentwürfen und Anträgen, die von den Fraktionen der Parteien vorgelegt worden waren. Mit deren Zustimmung wurden die Entwürfe und Anträge an die zuständigen Ausschüsse des Landtags überwiesen.

Nach der Berufung und Vereidigung der

Minister ging Präsident Gengler in einer kurzen Ansprache auf die neue Situation ein. Er wies darauf hin, daß Landtag und Regierung in freier Entschließung gemäß der Verfassung entstanden seien. Die Not zwinge zum gemeinsamen Einsatz aller Kräfte. Mit ihr wüchsen die zu bewältigenden Aufgaben. Wunder dürften von der Regierung keine erwartet werden, es gehe vielmehr nur darum, die vorrangigsten Aufgaben zu lösen.

Die Regierungserklärung

Staatspräsident Bock leitete seine Regierungserklärung mit einer Danksagung an diejenigen, die bisher die Regierungsgeschäfte in Südwestfalen-Hohenzollern geführt haben, ein. Sein Dank galt besonders Staatsrat Prof. Dr. Karl Schmid. Nach dem Zusammenbruch habe es erst einmal gegolten, im Einvernehmen mit der französischen Besatzungsmacht die Verwaltung im Lande von Grund auf neu einzurichten: „Man darf es füglich aussprechen, daß die Verwaltung des Landes aus dem Nichts allmählich wieder in einen Zustand der Ordnung gekommen ist.“

Anschließend wandte sich Staatspräsident Bock den allgemeinen Problemen zu und führte aus: „Das erste, was wir in dieser Stunde zum Ausdruck bringen wollen, ist der Wunsch, es mögen Süd- und Nordwestfalen in Bilde wieder ein einheitlicher Staat werden. Bis zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung wird die Regierung bestrebt sein, alles zu vermeiden, was das organische Zusammenwachsen der beiden Landesteile erschweren könnte und sich bemühen, auf beiden Seiten möglichst Rechtseinheit herzustellen.“

In dieser Stunde denken wir aber auch an das ganze Deutschland. Wir wissen, daß wir Opfer an Raum bringen müssen, aber wir haben den Wunsch, daß dem deutschen Volk so viel Raum gelassen wird, daß es leben kann. Auch ein besiegt, geschlagenes und zerschlagenes Volk hat ein sittliches Recht auf Fristung eines Lebens, das dem entspricht, was vom Standpunkt der Menschlichkeit und des Gebotes der christlichen Nächstenliebe, das auch von Volk zu Volk und von Staat zu Staat gilt, verlangt werden muß und verlangt werden darf. Wir wünschen, daß man im Osten nicht unsere Kornkammern abtrennt, wir wünschen, daß die vertriebenen deutschen Volksgenossen nicht in einem Rumpfdeutschland zusammengedrängt werden, das einen ewigen Gärungsherd darstellen müßte. Wir wünschen vielmehr, daß diese Volksgenossen auf die väterliche Scholle ihrer Heimat zurückkehren dürfen.

Politisch gesehen sind wir Vertreter der bundesstaatlichen Idee und lehnen einen zentralisierten Einheitsstaat ab. Auf welche Abwege ein zentralisierter Staat, der keine andere politische Willensbildung neben sich duldet, gelangen kann, haben uns die zwölf Jahre nazistischer Verbrechenpolitik gezeigt. Deutschland soll kein Machtstaat sein, sondern ein Kulturstaat.“

Sicherstellung der Volksernährung

Die vorrangigste Aufgabe der Regierung sei die Sicherstellung der Volksernährung, die zweifellos völlig unzureichend ist. Die Folgen der Unterernährung zeigen sich an einer be-

ängstigenden Verschlechterung des Gesundheitszustandes des Volkes und der Herabminderung seiner Arbeitskraft, damit auch am Rückgang seiner Produktion. Hier müsse durch Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, straffe Erfassung und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel eine Besserung herbeigeführt werden. Dem Mangel an geschulten Arbeitskräften könne am ersten durch Entlassung der Kriegsgefangenen abgeholfen werden. Daneben sei die Bereitstellung von Maschinen, Geräten, Ersatzteilen und künstlichen Düngemitteln für die Landwirtschaft unbedingt erforderlich.

Das Mißverhältnis zwischen den Preisen für landwirtschaftliche und gewerbliche Produkte müsse so rasch wie möglich beseitigt werden, um der Landwirtschaft die Erwerbung der notwendigen Bedarfsgegenstände auf dem üblichen Weg zu ermöglichen und die mehr und mehr um sich greifenden Tauschgeschäfte zu verhindern. Die Umlagen seien in erfüllbarer Höhe festzusetzen, darüber hinausgehende Ablieferung besonders zu belohnen. Der Mangel an Transportmitteln dürfe die Ernährung nicht gefährden.

Land- und Forstwirtschaft

Der vom Kontrollrat zugesicherte Lebensstandard fordere Einfuhren an Lebensmitteln, deren Bezahlung bei Erhaltung der Exportindustrie ohne weiteres möglich sei. Eine angemessene Vorratswirtschaft sei Voraussetzung einer geregelten Versorgung. Mit der Herabsetzung der Lieferauflagen sei in den letzten Monaten ein dankenswerter Anfang gemacht worden. Das Volk hoffe auf eine weitere Verminderung dieser Auflagen und damit eine Erhöhung der ihm zukommenden Rationen auf einen erträglichen Stand.

Die Regierung strebe in der Landwirtschaft außerdem die Zusammenlegung der vielen Kleinparzellen zum Zwecke der gemeinsamen Bewirtschaftung auf genossenschaftlicher Grundlage im Rahmen von Dorfgemeinschaften an. Motorisierung der Landwirtschaft und Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen könnten eine wesentliche Erleichterung bringen. Besonderes Augenmerk wolle man dem Siedlungs- und Bodenreformwesen zuwenden. Ein entsprechender Gesetzentwurf sei in Vorbereitung.

Besondere Sorge bereite die Forstwirtschaft. Der Waldbestand umfasse nicht weniger als ein Drittel der Bodenfläche des Landes. Die Forstwirtschaft liefere den wichtigen Rohstoff Holz, biete 15 000 Waldarbeitern Arbeitsmöglichkeiten und einem Vielfachen davon in der Industrie Arbeitsmöglichkeiten und schaffe wichtige Einnahmen für Staat und Gemeinden. Die gegenwärtigen Holzanschläge betrü-

gen 350 Prozent der Normaltriebsätze und bedeuteten Raubbau am deutschen Wald.

Wirtschaftstragen

Die Versorgung der Bevölkerung mit Gebrauchs- und Produktionsgütern sei schon seit der Aufrüstung zum Weltkrieg im NS-Staat unzureichend und habe nach dem Zusammenbruch fast gänzlich aufgehört. Die heutige öffentliche Bewirtschaftung könne daher nicht als Planung und Lenkung bezeichnet werden. Die Regierung beabsichtige, ernsthaft zu prüfen, ob das jetzige System nicht einer grundlegenden Aenderung bedürfe. Eine fühlbare Besserung könne nur durch eine Steigerung der Erzeugung von Industrie und Handwerk erreicht werden. Im gesamtdeutschen Durchschnitt liege die Produktion nach Schätzungen bei etwa einem Drittel des Produktionsjahres 1936, in der französischen Zone und in Württemberg-Hohenzollern etwas über 25 Prozent. Noch heute beruhe die Produktion auf dem Verzehr der Substanz der Wirtschaft an Maschinen, Rohstoffen und Hilfsstoffen.

Von der Maschinenentnahme auf Reparationskonto sei die französische Zone von Württemberg-Hohenzollern besonders schwer betroffen worden. Die Entwicklung des Exportes des Landes bereite der Regierung schwere Sorge, da die Einfuhr gegenüber dem Monatsdurchschnitt von 1936 und 1937 unter 20 Prozent, die Ausfuhr bei etwa 25 Prozent liege, ganz abgesehen von der Zusammensetzung von Einfuhr und Ausfuhr. Die scharfe Trennung der Zonen mache sich immer wieder als besonders schweres Hemmnis bemerkbar. Von der Höhe der zugeteilten Kontingente an wichtigen Rohstoffen und Fertigwaren werde es abhängen, ob die Bevölkerung mit den notwendigen Gegenständen des täglichen Bedarfs versorgt werden könne.

Sozialpolitik

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts gelte es, der menschlichen Arbeitskraft besondere Pflege und Schutz zuteil werden zu lassen. Die Freiheit des Arbeitsvertrages müsse so bald wie möglich wieder hergestellt werden, die Sozialversicherung sei über die Sanierung hinaus nach modernen Gesichtspunkten weiterzuentwickeln.

Justiz

Auf dem Gebiet der Justizverwaltung habe man den Wiederaufbau der Gerichts-, Strafverfolgungs- und Strafvollzugsbehörden im wesentlichen bereits abschließen können und das bewährte Notariat wieder aufgebaut. Bei aller Einschränkung der gesetzgeberischen Möglichkeiten des Landes müßten doch eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen vorbereitet und verabschiedet werden, die sich u. a. mit der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts, der Regelung kriegsbedingter Schuldverhältnisse, den Problemen um die aufgehobene Erbhofgesetzgebung, der Bekämpfung des schwarzen Marktes befaßten. Mit Mitteln der Strafe sei allerdings auf die Dauer eine erfolgreiche Bekämpfung wirtschaftlicher Schäden und Mängel nicht möglich. Schließlich sei noch zu erwähnen, daß die Regierung beabsichtige, beim Justizministerium eine zentrale Stelle zur Behandlung für Besatzungsrechtsfragen einzurichten.

Die Innenverwaltung

In der Innenverwaltung gelte es vor allem, ein den demokratischen Grundsätzen und der württembergischen Ueberlieferung entsprechendes Gemeinde- und Körperschaftsrecht wieder herzustellen, ferner ein neues Beamtengesetz auszuarbeiten und die Betreuung der Opfer des NS-Staates durchzuführen. Die Verwaltung des Interniertenlagers Balingen werde in der nächsten Zeit an die deutschen Behörden übergeben. Es sei Vorsorge getroffen, daß die Internierten zwecks Prüfung der Frage ihrer Entlassung einem beschleunigten Verfahren unterzogen werden.

Die Regierung wolle den Grundsätzen der Sparsamkeit Rechnung tragen und Ordnung und Sicherheit in der Verwaltung garantieren.

Fortsetzung auf Seite 3

Die neue Regierung

Von Dr. Ernst Müller

Die Zeit des Interims ist vorbei. Am Nachmittag des 22. Juli hat der verfassungsmäßig gewählte Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern seiner Pflicht genügt und in einer ersten Amtshandlung sechs Abgeordnete des Landtags zu Ministern berufen. Damit besitzt die französisch besetzte Zone Württembergs nach dem Willen des Volkes eine rechtmäßige Regierung. Das bisherige Landesdirektorium war von einem fremden Willen eingesetzt, übte zwar auch Regierungsfunktionen aus, betrachtete aber seine Tätigkeit als ein Provisorium. Unsere erste Regierung kann an das anknüpfen, was ihre Vorgängerin gleichsam aus dem Chaos geschaffen hat. Die Struktur einer Ordnung steht bereits fest, die Wege zum eigentlichen Träger der Souveränität, zur Militärregierung sind geebnet, die wichtigsten Köpfe der Parteien wurden schon zur Mitarbeit herangezogen.

Es nimmt uns deshalb nicht wunder, wenn der Staatspräsident, selbst aus der größten Partei unseres Landes hervorgegangen, in weiser Einsicht und in glücklich geführten Verhandlungen mit den Fraktionen seine Minister für eine Koalitionsregierung auswählte, in der Männer der SPD, und der DVP, vertreten sind. Das geschah gewiß nicht deshalb, um die CDU, nicht mit der vollen Verantwortung zu belasten, sondern aus einem überparteilichen Gesichtspunkt.

Abgesehen davon, daß Dr. Karl Schmid als Präsident der provisorischen Regierung ein hohes Maß von Verhandlungselastizität gezeigt hat, könnten wir uns keinen besseren Minister der Justiz denken als ihn, den kundigen Völkerrechtler, den Schöpfer eines hervorragenden Verfassungsentwurfs und eines Besatzungsrechtes. Daß ihm der Staatspräsident die Justiz übertragen konnte, obwohl in der CDU verdiente Juristen sind, die diesem Amt gleichfalls gewachsen wären, zeugt von staatsmännischer Klugheit und einem Willen der Fraktionen zu positiver Zusammenarbeit. Der SPD-Abgeordnete Viktor Renner hat als Staatssekretär das vielleicht wichtigste Ministerium des Innern bisher untadelig geleitet, und wir glauben, es wird niemand in unserem Lande sein, der sich nicht darüber freut, daß Viktor Renners bewährte Fachkraft weiterhin die vielverzweigten Aufgaben des Innern besorgen kann. Die DVP hat mit Eberhard Wildermuth einen Sachkenner ersten Ranges auf dem Gebiete der Wirtschaft auf einem Ministeressel. Wir bedürfen wohl eines unerschrockenen Kämpfers, der hier nicht Geister, sondern Realitäten sieht.

Vier Ministerien, also die absolute Mehrheit auch im Regierungskollegium, hat die CDU inne. In der Besetzung des Kultus und der Ernährung gab es keine Ueberraschungen. Wie aus der Regierungserklärung des Staatspräsidenten hervorgeht, wird Albert Sauer in der kommenden Schulgesetzgebung, die bekanntlich in der Verfassung noch offen gelassen ist, einen Kompromiß zwischen der christlichen Gemeinschaftsschule und der Bekenntnisschule im engeren Sinne anstreben und jeden Schein eines Kulturkampfes meiden. Man wird, was der Staatspräsident stark betonte, auf keinen Fall die Fühlung mit einer einheitlichen deutschen Schulgesetzgebung verlieren. Wie sich der Landwirtschafts- und Ernährungsminister Franz Weiß bisher für die unabdingbaren Existenzmöglichkeiten der Bauern eingesetzt hat, ist im ganzen Land bekannt. Der einzige neue Name taucht mit Eugen Wirsching, dem Minister für Arbeit und Sozialwesen auf. Dem „Neuen“ aber geht der gute Ruf eines erfahrenen christlichen Gewerkschaftlers voraus. Der Staatspräsident selbst hat in vorläufiger Absicht die Finanzen übernommen. Er hat sich damit mit der vielleicht größten Verantwortung belastet, denn in diesem Meer der Abstraktion, wo sich allzuleicht Sein in Schein; ungewollte Schuld in endlose Schulden verwandeln kann, vermag nur ein kenntnisreicher Steuermann die Gefahren der Vernichtung zu umschiffen.

Wir wollen nicht nazistisch auftrumpfen und sagen, die erste Regierung unseres Landes sei die beste unter den möglichen Regierungen, aber wir wollen dem Staatschef und seinen Ministern glauben, daß sie durch bessere Köpfe zurzeit nicht zu ersetzen sind.

Ut omnes unum sint pro salute publica.



Dr. Sauer, Minister für Kultus und Erziehung

Dr. Weiß, Ernährungsminister

Viktor Renner, Innenminister

Staatspräsident Bock, vorläufiger Finanzminister

Eugen Wirsching, Arbeitsminister

Eberhard Wildermuth, Wirtschaftsminister

Prof. Dr. Schmid, Justizminister

Fortsetzung von Seite 1

Kultus, Erziehung und Kunst

Besonderes Augenmerk müsse in der Verwaltung für Kultus, Erziehung und Kunst der Erziehung gewidmet werden. Man siehe somit vor der Aufgabe, ein Schulgesetz gemäß der Verfassung zu schaffen und eine einschneidende Reform der höheren Schulen durchzuführen. Jedem begabten Kinde müsse der Weg zur höheren Schule und zur Hochschule geebnet werden. Auch das an sich gut ausgebaute Berufsschulwesen müsse weiter gefördert werden. Der Neuaufbau des deutschen Schulwesens könne in wirkungsvoller Weise nur von den Deutschen selbst durchgeführt werden.

Die finanzielle Lage des Landes

sei durch eine stetig wachsende Neuverschuldung bedenklichen Ausmaßes gekennzeichnet. Während der ordentliche Haushalt ohne weiteres auszugleichen sei, ja sogar, aus den hohen Steuererlösen erklärbar, mit einem Ueberschuß abschließen könnten die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts keinesfalls durch die regulären Einnahmen gedeckt werden. Dies habe eine Neuverschuldung des Landes vom Juni 1946 bis Juni 1947 durch Schatzanweisungen und Schatzwechsel in Höhe von nahezu 200 Millionen RM. zur Folge gehabt. Trotz dieser Neuverschuldung seien die Kassen des Landes keineswegs gefüllt. In Kürze müsse sogar mit einer Erhöhung der neuen Verschuldung gerechnet werden. Bis hierher sei die Hoffnung, daß die aufzubringenden

Ausgaben im außerordentlichen Haushaltsplan sich erheblich verringerten, leider noch nicht verwirklicht.

Zur Entnazifizierung

Die politische Säuberung, so notwendig sie sei, dürfe keine schematische Behandlung erfahren. Leitend müsse der Gesichtspunkt der Gerechtigkeit sein. Dem Betroffenen müsse nach Möglichkeit Gehör gegeben werden, der baldige Erlass einer möglichst umfangreichen Amnestie ist zu begrüßen, es gehe nicht an, daß das Volk auf die Dauer in Nazi und Anti-Nazi eingeteilt werde.

Abgrenzung der Zuständigkeiten

Die Regierung lege größtes Gewicht auf ein reibungsloses Einvernehmen und Zusammenarbeiten mit der Militärregierung. Dieses Ziel werde am besten erreicht durch die Abgrenzung der Zuständigkeiten. Vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Ernährung sei es ein ernstes Anliegen der Regierung, daß die Befugnisse der eigenen Verwaltung erweitert würden mit dem Ziel, daß allmählich die Verwaltung ganz übernommen werde unter der Kontrolle der Militärregierung.

Staatspräsident Bock schloß seine Regierungserklärung mit den Worten: „Die Regierung ist von dem unbeugsamen Willen besetzt, zum Wohle der Bevölkerung zu leisten, was irgendwie in ihren Kräften steht.“

Nach der Regierungserklärung des Staatspräsidenten vertagte Landtagspräsident Gengler die Sitzung auf Mittwochvormittag.

Der zweite Sitzungstag

Den zweiten Tag der vierten Sitzung unseres Landtags füllte die Generaldebatte zu der Regierungserklärung aus. Sie war sehr ausgiebig, mitunter sogar zu ausgiebig, denn die verschiedenen an der Debatte beteiligten Abgeordneten sahen darin teilweise die Möglichkeit, endlich frisch von der Leber weg vom Hundertsten ins Tausendste kommend, unsere heutige schwierige Lage beleuchten zu können. Ihr Verantwortungsbewußtsein ist einerseits anzuerkennen und als ein wertvoller Lichtblick für die Zukunft zu bewerten, andererseits aber ist die Gefahr des Abgleitens vom eigentlichen Thema dadurch sehr naheliegend und hat mit schwäbischer Gründlichkeit nichts mehr zu tun. Eine noch intensivere Konzentration aller Kräfte, die ja auch von allen Abgeordneten immer wieder betont wird, ließe sich deshalb für eine solche Generaldebatte empfehlen. Im ganzen gesehen, teilten sich die Ansichten in ein großes Für und ein kleines Wider. Hinter dem Für standen die drei an der Regierung beteiligten Parteien, wobei natürlich die Ansichten der einzelnen Redner nicht immer die gleich wohlwollenden waren, sich im großen und ganzen aber doch günstig ergänzten. Die ablehnende Haltung der Kommunisten fußt in erster Linie auf der Tatsache, daß dieser Partei kein Ministerposten — die Stelle eines Staatssekretärs in einem der Ressorts erscheint den KPD-Vertretern zu unmaßgeblich — angeboten bzw. freigemacht wurde. Im ganzen ausgesprochenen Mißtrauens die Bereitwilligkeit dieser Partei zur Mitarbeit in allen Fragen, die dem Fortschritt, dem Wohl des schaffenden Volkes und der Wiederaufrichtung unserer Heimat dienen, als positiv herauszustellen, so daß im Grunde genommen doch nur von einer rein formalen Ablehnung gesprochen werden kann.

Mit der Bekanntgabe einer Reihe von eingegangenen Anträgen, die auf Vorschlag des Landtagspräsidenten Gengler an die verschiedenen Ausschüsse geleitet wurden, nahm die Sitzung am Mittwochvormittag ihren Anfang. Anschließend befaßte sich das Plenum in zweiter Lesung mit dem Entwurf eines Gesetzes über das Abkommen zur Errichtung einer Betriebsvereinbarung der südwestdeutschen Eisenbahnen. Abg. Schwarz (CDU) erläuterte als Berichterstatter des Finanzausschusses das vorbereitete Gesetz, das in allen

drei Ländern der französischen Besatzungszone gleichzeitig in Kraft treten soll. 50 Millionen RM. habe Südwürttemberg für die Eisenbahnen aufzubringen müssen, ohne auch nur einen Einblick in die Verwaltung gehabt zu haben. Durch dieses neue Gesetz werde diese Lücke geschlossen, privatkapitalistische Interessen und politische Gesichtspunkte scheidet dabei aus. Auch dürfe man sich bei dieser Betriebsvereinbarung keine Länderbahn im Stil der „schwäbischen Eisenbahn“ vorstellen, ebensowenig wie die Gesellschaft für eine später mögliche Regelung des reichseinheitlichen Verkehrs ein Hindernis darstellen werde. Der von dem Berichterstatter vorgeschlagene Annahme des Gesetzes wurde stattgegeben. Mit Wirkung vom 1. Juli 1947 an tritt das Abkommen in Kraft.

Die Minister der neuen Regierung

Dr. Albert Sauer, Minister für Kultus, Erziehung und Kunst, wurde am 27. 2. 1903 in Ravensburg geboren, studierte in Tübingen und Kiel Rechts- und Philosophie, wurde 1928 als Rechtsanwalt in Ravensburg nied. 1932/33 gehörte er der Zentrumsfraktion des württembergischen Landtags als Abgeordneter an. September 1946 wurde er in Ravensburg zum Oberbürgermeister gewählt. Dezember 1946 beauftragte man ihn mit der Landesdirektion für Kultus, Erziehung und Kunst der provisorischen Landesregierung.

Dr. Franz Weid, Minister für Landwirtschaft und Ernährung, wurde am 23. 12. 1887 in Ried, Kreis Saulgau, geboren, war nach einem landwirtschaftlichen Studium in Halle, Hohenheim und Gießen lange Jahre auf dem Gebiet des Pflanzenbaus und der Pflanzenzüchtung tätig, arbeitete nach einer politisch bedingten unfreiwilligen Arbeitspause 1932/34 in der Ernährungswirtschaft. Nach dem Zusammenbruch wurde er von der französischen Militärregierung in Stuttgart als Landesdirektor für Landwirtschaft und Ernährung eingesetzt. Sommer 1946 übernahm er die Landesdirektion für Landwirtschaft und Ernährung in Tübingen. Dezember 1946 bereitete Dr. Weid die Gründung der CDU in Südwürttemberg vor und wurde im März 1946 zum ersten Landesvorsitzenden gewählt; Dezember 1946 legte er diesen Posten wegen Arbeitsüberlastung nieder.

Eugen Wirsching, Minister für Arbeit und Sozialwesen, wurde am 28. 11. 1891 in Ulm geboren, widmete sich — Kaufmann von Beruf — von 1923 bis 1934 der Gewerkschaftsarbeit als Kreisgeschäftsführer des DNV. 1945 aus russischer Kriegsgefangenschaft entlassen, übernahm er das Flüchtlingskommissariat des Kreises Reutlingen. Seit Mai dieses Jahres ist er als Mitglied des Landtags zweiter Vorsitzender der CDU-Fraktion.

Prof. Dr. Karl Schmid, Minister für Justiz,

Dr. Binder (CDU) eröffnete die Diskussion und dankte den neuen Ministern für ihre Bereitwilligkeit, in so schwerer Zeit die vordringlichsten Fragen einer Lösung zuzuführen. Er ließ keinen Zweifel darüber offen, daß wir eine schwere Zukunft vor uns haben. Die Regierungsbildung sei anders wurde es auch gar nicht erwartet in enger Fälligkeit mit den Parteien erfolgt. Dabei habe sich die CDU, auf den Standpunkt gestellt, eine Regierung auf möglichst breiter Grundlage zu bilden, denn darin liege ihre Stärke. Der KPD. machte er in diesem Zusammenhang klar, daß für sie immer noch der Größe und Bedeutung ihrer Partei entsprechend Platz in der Regierung sei. Von einem parlamentarischen Regierungsideal könne allerdings nicht gesprochen werden, da die Minister nicht nur dem Landtag verantwortlich seien, sondern auch der Militärregierung gegenüber gewissenhaft Verpflichtungen zu erfüllen hätten. Als besondere Aufgabe des Landtags nannte er die Beschließung von Gesetzen, die seinem inneren Denken entsprechen. Mit Rücksicht auf die in den nächsten Monaten zu beschließenden Gesetze empfahl er besonders dem Kultusministerium, schnellstens an die Ausarbeitung des in der Verfassung vorgesehenen Schulgesetzes heranzugehen. Bei der Entnazifizierung müsse der Grundsatz der Gerechtigkeit tonangebend sein. Das Kapitel der politischen Säuberung sei schnellstens abzuschließen. Dr. Binder sprach sich für eine entsprechende Bestrafung der tatsächlich Schuldigen aus, den sonstigen Betroffenen aber sei die Möglichkeit einzuräumen, sich einem positiven Ziel zuzuwenden. Als besonders wichtig erschien Dr. Binder abschließend die Ausarbeitung eines Besatzungsstatuts, das das Verhältnis der Regierung zur Besatzung klarmacht und die verschiedenen Kompetenzen festlegt.

Den bisher in der Regierung tätigen Männern sagte nach einleitenden Worten der Abg. Kaibfell namens der SPD, aufrichtigen Dank. In der genauen Abgrenzung der Kompetenzen sah auch er die erste Voraussetzung für eine positive Arbeit der Regierung. Die Aufstellung eines Notprogramms für den kommenden Winter hielt er für dringlich notwendig. Die Versorgung mit Heizmaterial, Nahrung, Kleidung und Wohnung stehe dabei im Vordergrund. Mit Rücksicht auf unser Fortbestehen hielt er eine Änderung der Steuerlasten für notwendig. Nach Worten des Dankes für unsere heimische Landwirtschaft nahm Abg. Kaibfell zur Frage der Bodenreform Stellung. In erster Linie gehe es bei uns um eine Bodenbewirtschaftungsreform, die die Aufhebung der Kleinparzellierung notwendig mache. Der Besitz von Kleinen dürfe nicht angegriffen werden. Ein Neubaub- und Bodenrecht zu beschließen, hielt er für notwendig. Ebenso empfahl der SPD-Redner die ausgepöbelten Städte und Gemeinden der besonderen Förderung durch die Regierung und unterstrich die Notwendigkeit der Errichtung eines Forschungsinstituts zur Förderung des Wohnungs- und Siedlungsbaus. Bei der Frage der Entnazifizierung machte der Abg. Kaibfell der

Die Stellungnahme der Parteien

Regierung den Vorschlag, der Militärregierung einen Gesetzentwurf über die Amnestierung der Jugend bis zum Jahrgang 1943 zur Genehmigung vorzuschlagen. Auch für diejenigen, die zwei Jahre in einem Lager gebüßt haben, soll eine Linderung eintreten, indem sie, sofern von ihnen keinerlei Verbrechen begangen wurden, wieder in den Arbeitsprozess einzuführen wären. Wegen den in der amerikanischen Zone in Lagern untergebrachten SS-Leuten, die aus unserer Zone stammen und keine Kriegsverbrechen begangen haben, empfahl der Redner über die Militärregierung bei der zuständigen amerikanischen Stelle ihre Rückführung und Einsetzung in den Arbeitsprozess zu erwirken. Ebensovornehmlich dürfe sich für die Mitarbeiter der Trennungstrich auf die Dauer verstärken. In der Schule sah er eine bedeutungsvolle Basis zur Erziehung vor allem auch zur Demokratie. Die Unabhängigkeit der Lehrer könne am besten durch eine entsprechende Besoldung garantiert werden. Die Bereitschaft zur Mitarbeit erklärte Abg. Kaibfell namens der SPD, am Schluß seiner Ausführungen ausdrücklich.

Im Namen der DVP sprach sich Dr. L. L. e. u. e., nach dem die Mehrheit des Volkes für die Verfassung gestimmt habe, trotz der im Wahlkampf erklärten Ablehnung der Verfassung jetzt für diese aus. Nach Worten des Dankes an das alte Direktorium beschäftigte er sich vor allem mit der Entnazifizierungs- und Flüchtlingsfrage. Bei den meisten, die in der Entnazifizierung tätig gewesen seien, könne man eine gewisse Mäßigkeit feststellen. Die Art, wie die Entnazifizierungsverfahren in Zukunft durchgeführt werden, sei wesentlich. Dabei komme die Gerechtigkeit vor der Schnelligkeit. Bei den bis jetzt zu uns gekommenen Flüchtlingen fehlten vor allem die männlichen Arbeitskräfte. Hier nachzuprüfen, ob eine Änderung möglich sei, bat er die Regierung. Im übrigen wandte er sich dagegen, die Flüchtlinge etwa als Bürger zweiter Klasse einzustufen. Ein Flüchtlingsgesetz müsse hier Vorkerhalten treffen. Ganz allgemein richtete er an die Militärregierung die Bitte, alle unser Volk betreffenden Fragen im Parlament besprechen zu dürfen, um ihnen hier den Rahmen zu geben, den sie verdienen.

Abg. B. a. u. k. n. e. h. t. (CDU) beschäftigte sich vor allem mit landwirtschaftlichen Fragen. Er wandte sich gegen die allgemein üblichen Tauschgeschäfte, die nur den schlechten Abbletern zugute kommen, und gegen die unzeitgemäße Herstellung sogenannter Halbkonten, die nichts anderes als eine Materialverschwendung darstelle. Für die Landwirtschaft hielt er ein Sofortprogramm als sehr dringlich und empfahl, diejenigen jungen Leute, die immer noch ohne Beruf, dafür aber weit über als Schwarzarbeiter ihr Leben fristen, als Hilfskräfte für die Landwirtschaft auf eine gewisse Zeitdauer heranzuziehen. Eine Planwirtschaft für die Industrie hielt er für ebenso notwendig wie die verstärkte Einfuhr von Düngemitteln. Sehr energisch nahm der Sprecher der Landwirte Stellung gegen die Hofkontrollen bei denjenigen Bauern, die ihren Abbletern nachkommen, geteilte auch die ungesunden Preise, schlug dafür Prämien für die guten Abbleter vor. Am Schluß habe der schwäbische Bauer allerdings kein Interesse. Die Bodenreform bejahte der Abg. Baubrecht, Bodenreform ohne Baustoffe sei jedoch unmöglich. Eine Nutzungsreform hielt er für vordringlich und empfahl zu diesem Zweck, in jedem Kreis ein hüttenreifes Musterdorf zu schaffen. Außerdem forderte er ein Bauerngesetz, das der Zersplitterung des Bodens Einhalt gebiete. In Fragen der Ernährung hielt er eine genaue Abgrenzung der Kompetenzen der Militärregierung und der deutschen Regierung für notwendig, um abschließend im Namen der Bauern der CDU, der Regierung Unterstützung zuzusagen, daran allerdings die Bedingung knüpfend, den neuen Bauernverband in allen entsprechenden Fragen zu hören.

Für die Fraktion der Kommunistischen Partei lehnte es der Abg. Acker ab, der Regierung das Vertrauen zu geben, da es die maßgeblichen Kräfte des Landtages vorgezogen hätten, den Weg der Koalitionen- und nicht der Blockpolitik zu beschreiten. Zur Regierungserklärung selbst nahm er eingehend Stellung, um sie abschließend nochmals abzuwägen, dabei aber versichernd, daß die KPD, in allen Fragen, die dem Fortschritt des schaffenden Volkes und der Wiederaufrichtung der Heimat dienen, zu tatkräftiger Mitarbeit bereit sei.

Der Abg. B. ä. s. t. i. e. r. (CDU), der sehr weitreichende Ausführungen machte, und dabei von der Stellungnahme zur Regierungserklärung zu grundsätzlichen Problemen kam, wünschte Förderung der Qualitätsindustrie, lehnte den Staatskapitalismus ab, bejahte die Gewerkschaften, die sich aber von jeglicher Parteipolitik fernhalten sollen und bestanden auf Seite 3

Herausgeber und Schriftleiter: Will Haas Hebeseder.
Dr. Ernst Müller und Alfred Schwager.
Weitere Mitglieder der Redaktion: Albert Assmann (Leuzelt in Ulm), Dr. Helmut Kieser und Josef Klingelhöfer.
Monatliche Bezugspreis: 6,00 RM. (Einschluss des Post 1,74 RM., Einzelverkaufspreis 20 Pfg., Erscheinungstage Dienstag und Freitag.

Das Brot

Von Wolfgang Borchert

Pfötchen wachte sie auf. Es war halb drei. Sie überlegte, warum sie aufgewacht war. Ach so! In der Küche hatte jemand gegen einen Stuhl gestossen. Sie horchte nach der Küche. Es war still. Es war zu still und als sie mit der Hand über das Bett neben sich fuhr, fand sie es leer. Das war es, was es so besonders still gemacht hatte: sein Atem fehlte. Sie stand auf und tappete durch die dunkle Wohnung zur Küche. In der Küche traf sie sich. Die Uhr war halb drei. Sie sah etwas Weißes am Küchenschrank stehen. Sie machte Licht. Sie standen sich im Hemd gegenüber. Nachts. Um halb drei. In der Küche.

Auf dem Küchentisch stand der Brotteller. Sie sah, daß er sich Brot abgeschnitten hatte. Das Messer lag noch neben dem Teller. Und auf der Decke lagen Brotkrümel. Wenn sie abends zu Bett gingen, machte sie immer das Taschentuch sauber. Jeden Abend. Aber nun lagen Krümel auf dem Tuch. Und das Messer lag da. Sie fühlte, wie die Kälte der Fliesen langsam an ihr hoch kroch. Und sie sah vom Teller weg.

„Ich dachte, hier wäre was“, sagte er und sah in der Küche umher.

„Ich habe was gehört“, antwortete sie und dabei fand sie, daß er nachts im Hemd doch schon recht alt aussah. So alt wie er war. Dreiundsechzig. Tagüber sah er manchmal jünger aus. Sie sieht doch schon alt aus, dachte er, im Hemd sieht sie doch ziemlich alt aus. Aber das liegt vielleicht an den Haaren. Bei den Frauen liegt das nachts immer an den Haaren. Die machen dann auf einmal so sit.

„Du hättest Schuhe anziehen sollen. So barfuß auf den kalten Fliesen. Du erkältest dich noch.“

Sie sah ihn nicht an, weil sie nicht ertragen konnte, daß er log. Daß er log, nachdem sie neununddreißig Jahre verheiratet waren. „Ich dachte, hier wäre was“, sagte er noch einmal und sah wieder so sinnlos von einer Ecke in

die andere,“ ich hörte hier was. Da dachte ich, hier wäre was.“

„Ich hab auch was gehört. Aber es war wohl nichts.“ Sie stellte den Teller vom Tisch und schnippte die Krümel von der Decke.

„Nein, es war wohl nichts“, echote er unsicher.

Sie kam ihm zu Hilfe: „Komm man. Das war wohl draußen. Komm man zu Bett. Du erkältest dich noch. Auf den kalten Fliesen.“

Er sah zum Fenster hin. „Ja, das muß wohl draußen gewesen sein. Ich dachte, es wäre hier.“

Sie hob die Hände zum Lichtschalter. Ich muß das Licht jetzt ausmachen, sonst muß ich nach dem Teller sehen, dachte sie. Ich darf doch nicht nach dem Teller sehen. „Komm man“, sagte sie und machte das Licht aus. „Das war wohl draußen. Die Dachrinne schlägt immer bei Wind gegen die Wand. Es war sicher die Dachrinne. Bei Wind klappert sie immer.“

Sie tappten sich beide über den dunklen Korridor zum Schlafzimmer. Ihre nackten Füße platschten auf den Fußboden.

„Wind ist ja“, meinte er. „Wind war schon die ganze Nacht.“

Als sie im Bett lagen, sagte sie: „Ja, Wind war schon die ganze Nacht. Es war wohl die Dachrinne.“

„Ja, ich dachte, es wäre in der Küche. Es war wohl die Dachrinne.“ Er sagte das, als ob er schon halb im Schlafe wäre.

Aber sie merkte, wie unecht seine Stimme klang, wenn er log: „Es ist kalt“, sagte sie und gähnte leise, „ich krieche unter die Decke. Gute Nacht.“

„Nacht“, antwortete er und noch: „Ja, kalt ist es schon ganz schön.“ Dann war es still. Nach vielen Minuten hörte sie, daß er leise und vorsichtig knaute. Sie atmete absichtlich tief und gleichmäßig, damit er nicht merken sollte, daß sie noch wach war. Aber sein Knauen war so regelmäßig, daß sie davon langsam einschlief.

Als er am nächsten Abend noch Hause kam,

schob sie ihm vier Scheiben Brot hin. Sonst hatte er immer nur drei essen können.

„Du kannst ruhig vier essen“, sagte sie und ging von der Lampe weg. „Ich kann dieses Brot nicht so recht vertragen. Ist du man eine mehr. Ich vertragen es nicht so gut.“

Sie sah, wie er sich tief über den Teller beugte. Er sah nicht auf. In diesem Augenblicke tat er ihr leid.

„Du kannst doch nicht nur zwei Scheiben essen“, sagte er auf seinen Teller.

„Doch. Abends vertragen ich das Brot nicht gut. Ist man, ist man.“ Erst nach einer Weile setzte sie sich unter die Lampe an den Tisch.

„Ein Lobgesang von Gottes Herrlichkeit“

Unter diesem Motto fand in der evangelischen Stadtkirche Nagold zugunsten der Wiederherstellung des durch Kriegsereignisse beschädigten Gotteshauses eine geistliche Abendmusik statt, die reges Interesse begeisterte. Sie schloß uns Werke von Bach, Pachelbel, Weiland, Schütz, Corelli, Pritorius, Telemann, Lechner und Händel auf. Diesmal vermittelten ausschließlich einheimische Kräfte die andachtsvollen Bekundungen der innig-kindlichen Frömmigkeit der genannten Meister. Leitung und Orgelpart hatte die bewährte Dirigentin des Kirchenchors, Fräulein A. Killinger, die den Abend zu einem solchen gestaltete, der sich würdig den wohlgepflegten kirchenmusikalischen Darbietungen in unserer Stadt anschloß. Unsere bekannte Nagolder Konzertsängerin Frau Thunseide Wolff-Isenbrenner brachte auch diesmal ihren schönen, ansprechenden und wohlklingenden Sopran voll und ganz zur Geltung. Ernst Patzold und Frau Pfarrer Ziegel aus Waldorf bestätigten ihren Ruf als Meister der Geige. Dr. Weizel als solcher der Flöte. Rudi Schmid gab dem Ganzen mit einem Orgelprälium einen trefflichen Abschluß. Der Chor selbst hat sich zu einem Klangkörper entwickelt, der sich seiner Aufgabe volllauf bewußt ist und sein Bestes gibt, um zur Ehre Gottes zu singen. Landwirt-

schaftsrat Harr und Dekan Brezger dankten den Mitwirkenden für den feinen Kunstgenuß. -8-

Bunter Abend mit Fido Pracht

Als Wohltätigkeitsveranstaltung zugunsten des Kinderdorfs Pestalozzi gab das Ensemble Fido Pracht einen bunten Abend, der sich trotz des hochsommerlichen Wetters eines guten Besuchs erfreute. Die reichhaltige Vortragfolge bestritt in der Hauptsache das aus tüchtigen Musikern zusammengesetzte Orchester, das denn auch reichen Beifall fand. Die Vorträge waren sowohl als Gesamtleistung wie auch als Soli sauber und gediegen. Zwei Sänger ließen die Schlagerliebhaber auf ihre Rechnung kommen, während die Darbietungen des Tenors trotz aller Pose noch manche Wünsche übrig ließen. Ein Zauberer offenbarte mit Geschick die Wunder seiner Zauberkunst. Der Ansager Pracht unterhielt das Publikum mit alten und neuen Witzen, die diesmal im Rahmen des Vertretbaren blieben. -8-

„Im weißen Röhl“ — in Calw

Das Pforzheimer Stadtheater hat mit dem Lustspiel „Im weißen Röhl“ zwei Stunden der Freude und Heiterkeit nach Calw gebracht. Wer von den Besuchern hätte die Ursubstimmung der Darsteller nicht nachempfunden und gewünscht, selbst recht bald auch am Wolfgangsee aufziehen zu können, sei es als erlebnisreiche Dame, als ein von den Sorgen und Nöten eines Geschäfts — vor allem heute! — geplagter Unternehmer, als lebensbehauender junger Mann, als weltabgewandter Greis oder vielleicht gar im jungen Eheglück, verträumt und selig? — Die Darsteller haben das dankbare Stück bestens gemeistert, und gerne erwartet man die Pforzheimer wieder auf Calwer Brettern. Der herzliche Applaus mag ihnen Dank und Beweis dafür gewesen sein. K.

Aus technischen Gründen kann der Roman erst am Dienstag fortgesetzt werden.

Die Handhabung der politischen Säuberung

Von A. Trober, Staatskommissar für die politische Säuberung

Am 1. Juli 1947 ist die Rechtsanordnungsverordnung zur politischen Säuberung vom 23. April 1947 in Kraft getreten. Sie löste die Rechtsanordnung über den gleichen Gegenstand vom 23. Mai 1946 ab.

Die Aufgaben des Staatskommissars

Der Staatskommissar ist der Beauftragte der Regierung für die Durchführung der Einreißung. Der grundsätzliche Unterschied in der Stellung und den Aufgaben des Staatskommissars im Säuberungsverfahren gegenüber bisher liegt darin, daß er nach der in Kraft getretenen Rechtsanordnung an der Entscheidung der Fälle nicht mehr mitwirkt. Wie liegt jetzt allein bei den Spruchkammern. Diese sind in der Ausübung ihres Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Der Staatskommissar hat jedoch die Pflicht, den Verhandlungen der Spruchkammern anwesend zu sein und das Recht, von ihnen angehört zu werden. Mehr nicht.

Das Nichtmitwirkendsein bei den Entscheidungen beschränkt sich jedoch nur auf die Entscheidung selbst. Auf das Verfahren und auf die ergangene Entscheidung hat er einen bedeutenden Einfluß. Denn er kann die ergangene Entscheidung vor ihrer Mitteilung an die Betroffenen und sonstigen Beteiligten der Spruchkammer zurückgeben — sogenanntes Kassationsrecht — und eine neue Prüfung durch sie anordnen, wenn er die ergangene Entscheidung für unrichtig oder im Widerspruch zu den Vorschriften stehend hält.

Er kann gegen die ergangene und bekanntgewordene Entscheidung innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung Einspruch einlegen und eine neue Prüfung und Entscheidung durch die Spruchkammer herbeiführen. Gegen die im Einspruchsverfahren ergangene Entscheidung der Spruchkammer hat der Staatskommissar allerdings kein Kassations- und Einspruchsrecht mehr. Sie ist für alle Beteiligten unanfechtbar. Endlich kann er in jedem Stadium des Verfahrens bis zur Entscheidung eingreifen und die Erhebung weiterer Beweise anordnen oder selbst durchführen.

Eng zusammen mit dem Kassations- und Einspruchsrecht des Staatskommissars hängt die ihm eingeräumte Befugnis, die Revision von Sühnentscheidungen anzuordnen, die ihm übermäßig hoch oder zu niedrig erschienen und die ihm durch die Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse oder irgendeine Behörde zur Kenntnis gebracht werden. Ein Revisionsantrag hat auch der Betroffene, dem im Verfahren nach der selbständigen Regelung eine Sühnemaßnahme auferlegt worden ist. Allerdings ist ein Revisionsantrag nur innerhalb einer Frist von 30 Tagen seit dem Inkrafttreten der neuen Ordnung und soweit eine solche Entscheidung dem Betroffenen noch nicht zugestanden ist, binnen 60 Tagen nach Zustellung der Entscheidung geltend gemacht werden.

Eine weitere Aufgabe fällt dem Staatskommissar damit zu, daß er die Durchführung der Entscheidungen zu überwachen hat. Die Durchführung der Sühnentscheidungen zu überwachen, ist sowohl ein Akt der Staatsanwaltschaft, wie auch im Hinblick auf die Betroffenen Erkenntnis einer gerechten Behandlung. Ohne Überwachung der Durchführung würde die ganze Entnazifizierungsbestrebung scheitern; ihre Unterlassung könnte einer ungerechten Behandlung Tür und Tor öffnen und damit zur berechtigten Unzufriedenheit und Verbitterung in den Kreisen der Betroffenen Anlaß geben.

Neben diesen Aufgaben und einigen auf dem Gebiete der Verwaltung liegenden, hier nicht interessierenden Aufgaben hat der Staatskommissar noch die ihm umfassende Überwachungs- und Berichterstattungspflicht. Er überwacht die Durchführung der Rechtsanordnung überhaupt, er überwacht die Organisation, er überwacht die Arbeit und die Entscheidungen der Spruchkammern und Untersuchungsausschüsse, er bestimmt die Personen und Personengruppen, die dem politischen Säuberungsverfahren zu unterwerfen sind, und er hat das Recht, vor Einleitung oder Durchführung des Säuberungsverfahrens Sicherungsmaßnahmen sowohl hinsichtlich der Person als auch des Vermögens einer jeden Person zu ergreifen, die verdächtig ist, zum Kreis der Betroffenen zu gehören.

Endlich sei noch das Antragsrecht des Staatskommissars auf Strafverfolgung wegen Verschwegens von Tatsachen, wegen unrichtiger oder unvollständiger Angaben, wegen Verächtlichmachung oder Verheimlichung von Beweismitteln, wegen vorzeitlicher Zusammenkunft gegen Spruchkammerentscheidungen und dergl. Verbrechen genannt. Zur Aburteilung selbst sind die ordentlichen Gerichte zuständig.

Das Säuberungsverfahren nach der neuen Anordnung. Für jede der Entnazifizierung unterworfenen natürliche oder juristische Person ist der Unter-

suchungsausschuss und die Spruchkammer örtlich zuständig. In deren Bezirk ist deren Wohnsitz oder mangels eines solchen ihrem Aufenthalts- oder Arbeitsort, bei juristischen Personen, wo sich der Sitz der Hauptniederlassung oder der Verwaltung befindet. Bei Maßnahmen gegen Erben, Pflichtteilberechtigten usw. ist der Untersuchungsausschuss und die Spruchkammer örtlich zuständig, in deren Bezirk der Verlebte seinen letzten Wohnsitz hatte. In allen Zweifelsfällen bestimmt der Staatskommissar den örtlich zuständigen Untersuchungsausschuss und die Spruchkammer.

Das Verfahren wird in seinem ersten Stadium anhängig beim Untersuchungsausschuss. Dieser setzt sich zusammen aus einem Vorsitzenden, der Richter sein soll oder zum Richteramt befähigt ist, je einem Vertreter der zugelassenen politischen Parteien und der Gewerkschaften und je zwei Beisitzern, die die Berufsgruppe des Betroffenen vertreten. Er stellt die Tatsachen fest, die für die Einleitung in die Gruppen und für Art und Höhe der Sühnemaßnahmen von Bedeutung sind. Dabei kann er den Betroffenen hören. Nach Abschluß seiner Ermittlungen schlägt er eine mit Gründen versehene Entscheidung für die Einleitung und Sühnemaßnahmen vor und übergibt dem Spruchhof die Akten einschließlich des Vorschlags.

Der Spruchhof ist nicht etwa eine besondere Einrichtung neben den Spruchkammern oder über ihnen, er ist die Zusammenfassung der Spruchkammern, so wie etwa das Landgericht die Zusammenfassung der bei ihm gebildeten Zivil- und Strafkammern ist. In der Praxis hat er die Betroffenen mit einer der bestehenden Spruchkammern zu tun. Die Spruchkammern haben ihren Sitz in Thüringen. Die Spruchkammern sind zusammengesetzt wie der Untersuchungsausschuss und entscheiden nach den Akten. Sie gründen ihre Entscheidungen auf die Feststellungen der Untersuchungsausschüsse in Gegenwart des Staatskommissars oder seines Stellvertreters, die auf Verlangen zu hören sind. Die Spruchkammern können aber, falls sie es

für notwendig erachten, weitere Erhebungen und Untersuchungen selbst anstellen, oder den Untersuchungsausschuss damit beauftragen, sie können den Betroffenen hören oder hören lassen. In den Fällen, in denen der Betroffene in die Gruppe der Hauptschuldigen oder Delinquenten gehört oder eingestuft werden soll, müssen die Spruchkammern ihn hören. Die Spruchkammern legen die von ihnen getroffenen, mit Gründen versehenen Entscheidungen dem Staatskommissar vor, der sich darüber entscheidet, ob er die Entscheidung für gerichtet hält oder für unrichtig, oder ob sie im Widerspruch zu den Vorschriften steht. Im letzteren Falle kann er eine neue Prüfung durch die Spruchkammer anordnen. Billigt der Staatskommissar auch die neue Entscheidung nicht, so hat er die Möglichkeit, gegen sie Einspruch einzulegen.

Unabhängig vom Einspruchsrecht des Staatskommissars ist das Einspruchsrecht des Betroffenen. Dieses ist an eine Frist von einem Monat nach Veröffentlichung der Entscheidung im Amtsblatt gebunden und nur zulässig, wenn erkannt ist auf:

- 1. Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr, 2. Einziehung von mindestens 10 Prozent des Wertes des gesamten Vermögens, 3. Geldstrafe von mindestens 10.000 Mark oder von mindestens 40 Prozent des Wertes seines gesamten Vermögens, oder 4. Entlassung oder endgültiges Berufsverbot.

Wenn kommen noch, daß 1. die Entscheidung den Vorschriften widerspricht, 2. neue Tatsachen oder Unterlagen beigebracht werden, die zusammen mit den bisherigen Erhebungen die Änderung der Entscheidung zu begründen geeignet sind, oder 3. die Entscheidung auf falschen Aussagen oder Gutachten oder gefälschten Urkunden und dergleichen beruht. Der Einspruch wird vor der bisherigen oder einer anderen Spruchkammer verhandelt. Die im Einspruchsverfahren ergangene Entscheidung ist für alle Beteiligten unanfechtbar, in jedem Falle in u. S. der Betroffenen von der Spruchkammer gebührt werden.

WIRTSCHAFT UND VERKEHR

Der Außenhandel der französischen Zone

Im Juni 1947 wurden über das Außenhandelsamt von Württemberg-Hohenzollern (Officomec) du Württemberg 18 Ausfuhrgenehmigungen im Gesamtwert von rund 290.000 Mark erteilt. An der Spitze stand die Schweiz mit 29 Ausfuhrgenehmigungen im Werte von 238.136 Mark. Bemerkenswert ist eine Ausfuhrgenehmigung für die Firma Math. Höfner AG. in Trossingen betreffend einen Export von Harzöl nach den USA. Im Wert von rund 100.000 Mark. In gleicher Höhe wurden Aufträge über die Lieferung von Werkzeugen für Schweden und von Entenschnitten für Belgien abgeschlossen. Eine Schuhfabrik erhielt eine Ausfuhrgenehmigung für die Lieferung von Schuhen nach der Schweiz im Werte von 103.000 Mark. Bei der Einfuhr, die für den Bedarf der deutschen Bevölkerung von Württemberg-Hohenzollern genehmigt wurde, sind folgende Posten hervorzuheben: 34 t Fettsäure aus Frankreich (260.000 Mark), 238 t Datteln aus Persien (288.000 Mark), 239 t Trockenselbst aus Dänemark (242.000 Mark) und 249 t Bohlen aus der Schweiz (252.000 Mark).

Reichsbank in Freiburg ein Konto eröffnet. Das Land und die Reichsbank räumen einen Kredit ein, aus dem die Exporteure bezahlt werden. Die entsprechende Clearingstelle in Strasbourg überweist auf dieses Konto den Ausfuhrerlös.

Die Exporteure unserer Zone konnten über den Erlös an ausländischen Zahlungsmitteln bisher bekanntlich nicht selbst verfügen. Die Auslandsgeschäfte werden über die Außenhandelszentrale abgewickelt, die den Exporteur in deutscher Währung und zu deutschen Marktpreisen mit einem kleinen Aufschlag bezahlt. Seit einiger Zeit können die Länder auf Antrag über einen gewissen Prozentsatz ihrer Ausfuhrerlöse verfügen.

Außerdem wird den Ausfuhrindustrien über die zu verarbeitenden Rohstoffe hinaus eine kleine Rohstoffmenge als Ausfuhrprämie zugestrichelt.

In der Schweizer Presse wurde veröffentlicht, daß die Durchfuhr von Waren aus der anglo-amerikanischen Zone nach der Schweiz seit Einführung

Zum Verfahren in alten Fällen

In den Fällen, die nach der bis 30. 6. 47 geltenden Anordnung entschieden worden sind, kann es sich natürlich nicht darum handeln, alle Fälle neu aufzurufen. Das würde eine ungeheure, vielleicht überhaupt nicht zu bewältigende Belastung der Spruchkammern bedeuten und eine Verzögerung des Abschlusses der Entnazifizierung von nicht absehbarem Ausmaß. Militärisch können 14.000 Betroffene, die noch auch zu unseren Völkern gehören, verurteilt sein und ihre Familien mit ihnen. Es handelt sich bei der Entnazifizierung immerhin um Menschen und nicht um „Fälle“. Nur solche Verfahren sollen wieder aufgenommen werden im Wege der Revisionsanlegung durch den Betroffenen, in denen nach der neuen Rechtsanordnung der Einspruch durch den Betroffenen zugelassen ist. Die Revisionsanlegung durch den Betroffenen ist an eine 60-tägige Frist, beginnend mit dem 1. 7. 47, gebunden. Um eine Hochzeit von Revisionsanträgen zu verhindern, werden alle gegen bisher ergangene Entscheidungen gestellten Wiederaufnahmeanträge und Gnadengesuche als rechtzeitig eingelegte Revision behandelt.

Alle Revisionsfälle werden vom Spruchhof auf ihre gesetzliche Zulässigkeit geprüft. Im Falle der Zulässigkeit werden sie einer Revisionsprüfung zur erneuten Behandlung und Entscheidung überwiesen. Der Betroffene muß in diesem Falle von der Spruchkammer gehört werden. Die ergangene Entscheidung ist unanfechtbar. Im Falle der Verneinung der Zulässigkeit der Revision wird sie als unzulässig zurückgewiesen.

Nun sind aber vereinzelt Fälle denkbar, in denen dem Betroffenen mangels der genannten Voraussetzungen hierfür die Revisionsanlegung verweigert ist, die aber wegen ihrer besonderen Lagerung einer Revision bedürftig. In diesen Fällen kann der Staatskommissar von sich aus die Revision anordnen. Um ihm solche Fälle zur Kenntnis zu bringen, wird er sich an die einzelnen Verwaltungen wenden, daß sie ihm solche Fälle unter eingehender Begründung, mit Unterlagen belegt, namhaft machen. Betroffene solcher Fälle werden sich also mit ihrer Revisionsanfrage nicht an den Staatskommissar oder die Spruchkammer, sondern an ihre Dienststelle, bzw. ihren Untersuchungsausschuss.

einer besonderen Genehmigungspflicht durch die französischen Zentralbehörden in Baden-Baden auf Schwierigkeiten stöße und Verzögerungen erleide. Die Militärregierungen der Bizone prüften deshalb die Möglichkeit, den Warenverkehr mit der Schweiz über Österreich zu lenken. Ein Abkommen ist nicht bekanntgeworden. Schon seit etwa einhalb Jahren sind die Dokumente in Baden-Baden abzurufen, was bei Vorlage der Ausfuhrgenehmigung der Bizone und der Schweizer Einfuhrgenehmigung keinen unnötigen Zeitverlust mit sich bringt. Das Verfahren ist im übrigen auch beim Transitverkehr in umgekehrter Richtung üblich. Dies wurde als besonders lästig empfunden, wenn es sich um Sendungen aus der Schweiz oder aus der französischen Südzone handelte, die für die französische Nordzone bestimmt waren und in der Gegend von Karlsruhe amerikanisches Gebiet passieren mußten. Man ist diesen Schwierigkeiten dadurch begegnet, daß man solche Sendungen in zunehmendem Maße auf dem linksrheinischen Ufer durch Elz und Lothringen gehen ließ. Seit Wiederinbetriebnahme der Rheinbrücke bei Mannheim ist endlich wieder ein Verkehr direkter Züge aus der französischen Süd- in die Nordzone möglich geworden.

Reparationsfragen

Bilanz der interalliierten Reparationsagentur

BRÜSSEL. Die interalliierte Reparationsagentur hat vor wenigen Tagen in einem Communiqué eine 18-Monats-Bilanz über die verteilten Güter veröffentlicht. Der Ermittlungszeitraum schließt mit dem 30. Juni 1947. An ihre 18 Mitgliedsstaaten hat sie brutto 293 Handelschiffe mit zusammen 130.532 Bruttoregistertonnen in einem Wert von 13.115.300 Pfund Sterling, ferner Industrieausrüstungen im Wert von 120.215.178 Mark (Preisstand 1938) verteilt. Der Marktwert wird nach dem Stand von 1938 mit vier Reichsmark für einen Dollar geteilt.

BERLIN. Der Koordinationsausschuss des alliierten Kontrollrats für Deutschland verfügte, daß die Hafenkosten der alliierten Schiffe, die zur Verfrachtung der von Deutschland gelieferten Reparationen deutsche Häfen anlaufen, und ebenso die Kosten für den Transport der Maschinen in Deutschland von dem Land bezahlt werden müssen, von dem die Reparationen entnommen wurden.

AACHEN. Der von Belgien im Rahmen seiner Reparationsansprüche geforderte Bau eines Stollens zwischen der Roerlappert und der belgischen We-

ser würde für das Düren-Jülicher-Industriegebiet eine Katastrophe bedeuten, heißt es in einer Stellungnahme von Vertretern dieses Industriegebietes zu den belgischen Reparationsforderungen.

Belgien beabsichtigt nach einer Erklärung des Landrats des Landkreises Aachen, auch das Wasser der Dreilägerstätt, die den Aachener Raum mit Trinkwasser versorgt, für seine Kraftstromerzeugung zu beanspruchen.

Zur Lösung des Problems der Eisenbahnen im Grenzgebiet sollte nach einem Vorschlag des Landrates von Aachen auf deutsche Kosten im belgischen Gebiet eine Bahn von Hagen nach St. Vith gebaut werden. Damit wären ohne territoriale Änderungen den belgischen Wünschen Rechnung getragen, und Deutschland würde die Eisenbahnverbindung nach Moskau behalten.

DÜSSELDORF. Die Leitung der Vereinigten Stahlwerke bestätigte, daß mehrere zum Konzern der Vereinigten Stahlwerke gehörende Hütten- und Röhrenwerke auf die Demontage gesetzt worden sind. Es handelt sich um alle 16 Walzstraßen des Röhrenwerkes Poensgen in Düsseldorf und einen Teil der Anlagen des Werkes Thyssen in Mülheim a. d. Ruhr, sowie um die Hochofenanlage und die Stahlgießerei der Friedrich-Wilhelm-Hütte in Mülheim a. d. Ruhr.

KÖLN. Gegen die von belgischer Seite erhobene Reparationsforderung auf elektrische Kraftwerke im Kölner Raum wendet sich die Gewerkschaftsleitung von Nordrhein-Westfalen in einer Protesterklärung. Die Kölner Gewerkschaften beabsichtigen, Lord Parkman während seiner Anwesenheit in Köln an diesem Wochenende in dieser Frage zu sprechen.

CLEVELAND. Um die eilige Überprüfung der Frage der geplanten Abholzung des sogenannten „Reichswaldes“ durch Holland hat die Generalversammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kreis Cleveland, in einem Telegramm den Gouverneur von Nordrhein-Westfalen, Mr. A. S. Bury, gebeten.

Strommangel zwingt zu Stilllegungen

KÖLN. Mehrere große rechtsrheinische Betriebe, darunter die Klunker-Humboldt-Deutz-AG. und die Westwagen, sind infolge Strommangels stillgelegt worden.

VELBERT. Auch die ersten Betriebe der Niedrigen Schließ- und Beschlagindustrie mußten infolge der angeordneten Stromkürzungen stillgelegt werden. Die Industrie hatte bereits Mitte dieses Monats ihr Julienergebnis verzeichnet. Wie man in Wirtschaftskreisen betont, muß mit dem Erliegen der gesamten Industrie des Bergischen Landes, die wichtige Zweige der Zulförderindustrie umfasst, gerechnet werden, wenn das um 17 Prozent gekürzte Aprilergebnis für die kommenden Monate beibehalten wird.

KÖLN. Die Gewerkschaften haben in einer Entschließung gegen die plötzlichen Verfügungen Stromsperrungen in der Industrie protestiert und die Bildung einer Kommission beschlossen, die über den DOB beim Verwaltungsamt für Wirtschaft in Minden gegen die Abschaltungen Einspruch erheben soll.

Papierschecks rechtzeitig weitergeben!

TÜBINGEN. Das Landeswirtschaftsamt ist darauf hinzuwirken, daß Papierschecks spätestens am Verfalltermin bei einer Papierfabrik eingegangen sein müssen. Die Auslieferung der bestellten Papierschecks kann dagegen auch noch nach dem Verfalltag geschehen. Die Annahme von verfallenen Papierschecks ist den Papierfabriken ausdrücklich untersagt. Allein der Papierhändler kann Papierschecks noch bis zum ersten Werktag nach dem Verfalltermin zur Papierfabrik geben. In diesem Falle ist der Poststempel maßgebend.

Uns bleibt die Hoffnung, diese endlich zu erkennen und darin die Wendung in der Katastrophe anzubahnen. Martin Gritz

Erschwerung des Religionsunterrichts

Das Schulamt der Stadt Dresden erteilt an die Kirchenbehörden eine Verordnung, derzufolge der Religionsunterricht für Schulkinder nicht mehr im Ansehn an den Unterricht, sondern gesondert am Nachmittag oder an schulpfremden Tagen stattfinden hat. Die Schüler müssen demnach den Schulweg zweimal am Tage zurücklegen, was bei dem Mangel an Schutzwirk und Lebensmitteln eine besondere Belastung darstellt. Die Maßnahme wurde damit begründet, daß am Vormittag die geliebten Bäume nicht zur Verfügung ständen und das eine zusätzliche Beanspruchung des kindlichen Geistes durch eine Stunde Religionsunterricht unmittelbar vor oder nach dem Hauptunterricht unter den gegebenen Verhältnissen nicht verantwortet werden könne.

Als Nachfolger des verstorbenen Kardinals Graf von Galen ernannte Papst Pius XII. Dr. Michael Keller zum Bischof von Milano. Bischof Keller begleitete seither das Amt des Bischofs an Priesterseminar in Oranienburg.

Gestern waren es 23 Jahre, seitdem der ehemalige Bischof von Speyer, Dr. Michael Faulhaber, zum Bischof von München ernannt worden war. Seit 23 Jahren trägt der Münchener Erzbischof den Kardinalhut.

Die Aufarbeiten am Kölner Dom schreiten so gut vorwärts, daß etwa ab August 1948 in einem großen Teil des Domes wieder Gottesdienst abgehalten werden kann.

Der deutsche Caritasverband will vor allem die Schicksale in der Stadtflucht und Gartendelikt der Ostschlinge fördern und zieht im Zusammenschluß ihrer berufstätigen Kreise zu Genossenschaften, in der Bedeutung der Heimindustrie vor allem für Frauen und in den Ausfuhrindustrien Jugendlichen einen Weg zur baldigen Realisierung der Selbstfinanzierung der Flüchtlings. Diese Absichten wurden auf der Tagung in Ingolstadt besprochen.

Auf dem zweiten Nationalkongress des „Centre de Pastoral Liturgique“, der vom 11. bis 22. September in Lyon stattfand, wird Prof. Raymond Guerdin über das Thema „Der heilige Tag“ sprechen. Das Zentralthema des Kongresses lautet: „Der

Aus der christlichen Welt

Die Zeit der Heimsuchung

Goethe hat gewandt: „Die Leute traktieren den göttlichen Namen, als wäre das unbegreifliche, gar nicht auszusprechende höchste Wesen nicht viel mehr als „durchgehen.“ Daher müssen wir uns hüten, wenn wir wirklich der Offenbarung begehnen wollen. Und erfahrbarer ist es, wenn Jesus Christus an dem Tage, da Er Jerusalem zum letzten Mal betritt, beim Abstieg der Stadt zu sehen beginnt (Luk. 19, 41-44). Jedes seiner Worte dort ist offenbar, die Stadt wird „an diesem ihrem Tage nicht erkennen, was ihr zum Heile dient.“ Ist ist „aus ihren Augen verborgen.“ Denn sie hat „die Zeit ihrer Graden heimsuchung nicht erkannt.“ So wird sie „den Erdboden gleichgemacht“ werden.

Diese Erkenntnis des Herrn in die tiefen Zusammenhänge im Schicksal eines Volkes ist für uns offenbar. Jesus Christus legt hier die Verantwortung für die geschichtliche Entwicklung dessen, was geschieht und wie es geschieht, eindeutig in die Hände von uns Menschen. Er tut es in der liebsten Erleuchtung, die einen Mann überwältigen kann. Er beginnt zu weinen. Auch uns müßte solche Erleuchtung erschütternd treffen. Wir Menschen neigen dazu, uns der Verantwortung für alles unselbige Leid, das wir uns antun, zu entziehen mit Formeln wie „Gott prüft“, oder: „Gott läßt“, mit den Worten, die der Herr anseht, ein dem Untergang entgegengehendes Volk zu speist, nimmt Er uns diesem Ausweg aus der Verantwortung. Aus Seinem Wortes Gott wird ein Anderes kund. Es gibt ein Unmaß von Katastrophe, das wir Menschen in der Flucht geistiger Blindheit über uns bringen. Solches Weh-tun ließe sich ersparen, wenn wir nicht die Augen schließen wollten vor der heimsuchenden Liebe Gottes, die uns in Christus begegnet. Immer noch ist aber Gottes heimsuchende Liebe alles erreichbar, die in der Treue solchen Erleidens sich an ihm wenden.

Ihr entgültigt heute alle solche Geisteshaltung christlicher Menschen. Bald mag uns Zweifel, ob Glück und Unglück nicht doch unverdient und unverschuldet uns blind zufallen. Denn wir die Erlebung persönlicher Ohnmacht sind in Verzweiflung treten. Letztlich aber vertrauen wir in einer tiefen Glaubwürdigkeit der himmelsmächtigen Liebe des heimsuchenden Gottes.

Um dieser himmelsmächtigen Liebe unseres heimsuchenden Gottes willen sind diese Worte gesagt.

...

Umschau im Lande

Der Sport hat das Wort

III

Die Landesfeuerwehrschule eröffnet

Die Freiwilligen Feuerwehren in Württemberg-Hohenzollern sind wegen der erfolgten Reorganisa-

Dr. Ludolph Fischer, Tübingen, Neckarhalde 7, zu

Auf der Flucht erschossen

Horrenberg. An der Grenze bei Gulltaten wurde bei der Kontrolle ein aus dem französischen

Abberufung gefordert

Freiburg. Der erste Bundestag der badischen Gewerkschaften hat die Abberufung des

Ein Ruf nach Erlangen

Schwenningen. Oberbürgermeister Dr. Gönnenwein hat nach Meldung von Radio München

Quer durch die Zonen

In Aach. Kreis Freudenstadt. Überfließt ein 79 Jahre

Tropenmedizinischer Fortbildungskurs

Die Ärztekammer Württemberg-Süd veranstaltet gemeinsam mit der Medizinischen Fakultät der

Das geht alle an

Stromentnahme für den Frühdruck

Wie das Landeswirtschaftsamt, Referat Elektrizitätswirtschaft, mitteilt, kann infolge geringer

Möbeltransporte in die Westzonen

Anträge auf Möbeltransporte (Evakuiergut) aus der sowjetischen in eine der drei anderen Zonen

Wetteraussicht bis Wochenende

Anfangs heiter und sehr warm, später stärker bewölkt, einzelne Gewitter und Regenfälle mit

Fußball

FC. Nürnberg auf der ganzen Linie erfolgreich

Der 'Sportbericht' hat sich viel Mühe genommen, die Leistungen der Vereine der süddeutschen Oberliga

Kreis Calw

Calw I - Auswahl Hiesiger Calw 5:0. - Zu einem Wohltätigkeitsspiel trafen sich am vergangenen

Handball

Jetzt geht es um die Zonenmeisterschaft

Tübingen SV. - SV. Halloh/Pfalz. - Letzten Sonntag konnte der Tübinger SV, die Zonenmeisterschaft

Die Spielteilnahme im Spieljahr 1947/48

In dem am Sonntag, den 7. September, beginnenden neuen Handballspieljahr spielen die Handballmannschaften

Außerdem startet wiederum eine Bezirksklasse Schwarzwald und eine Bezirksklasse Oberrhein. Die übrigen

Faustballspiele in Hirsau

Am Sonntag, 27. Juli werden vormittags ab 9 Uhr Faustballspiele Calw - Altenberg - Unterhausen gegen

Leichtathletik

Leichtathletik-Vergleichskämpfe in Nagold

Die Kreise Calw und Freudenstadt kamen mit ihren besten Leichtathleten nach Nagold, um im ersten

Männer-Fußball

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

Allgemeine Klasse

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

Senioren

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

Einzelkampf, Männer

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

100-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

200-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

300-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

400-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

500-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

600-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

700-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

800-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

900-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

1000-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

1100-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

1200-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

1300-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

1400-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

1500-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

1600-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

1700-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

1800-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

1900-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

2000-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

2100-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

2200-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

2300-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

2400-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

2500-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

2600-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

2700-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

2800-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

2900-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

3000-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

3100-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

3200-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

3300-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

3400-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

3500-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

3600-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

3700-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

3800-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

3900-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

4000-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

4100-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

4200-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

4300-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

4400-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

4500-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

4600-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

4700-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

4800-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

4900-m-Lauf

1. Klasse, Nagold, Calw, Beck, Nagold.

Ihre Vermählung geben bekannt: Emil

Geschäftliches

Anstliche Bekanntmachung. Die I. B. Schwab-Württembergische Staatslotterie

1. hiesige württembergische Staatslotterie. 25 607 Goldgewinne im Gesamt

56. Briefmarken-Großaktion. Septem

Erstausgabe 6. September 1949. Ernst

DORNER-Modelle sind führend in der

Spezialist für Finanzzeichen u. Schutz-

Stellenangebote

Einstellung von Arbeitskräften

Wir suchen einige zuverlässige Abnahm-

Wir vergeben laufend Aufträge

Zur Fabrikation d. 'MODERNA'-E-

Gewandter, erfahrener Koch mit guten

Tüchtiger Buchbinder mit Kenntn.

Heiraten

Landwirt und Geschäftsmann, auf 30

Suche zum 1. Aug. selbst., kinderlieb.

Tüchtige Köchin für unser Vertriebs-

Stellensuche

Dr. phil., 34 J. alt, mit überdurch-

Eine Kioskbagger-Anlage mit Draht-

Verschiedenes

Hellpraktiker Helmut Hartmann jun.

Verloren PKW-Reifen, 4.50/17, auf

Rotte Holunder-Beeren (Traubenho-

Heilkräuter läuft seit über 75 Jahren

Zwei Fahrradreifen, Vollkollum, 30x200

Fortsetzung von Seite 2

Die Stellungnahme der Parteien

sprach außerdem noch die großen Verluste, die wir seit Kriegsende in unseren Wäldern erlitten haben und heute noch erleiden.

Abg. F. Beck (SPD) sprach in erster Linie als Gewerkschaftler, wobei er die Bildung von Wirtschaftsräten empfahl, gleichzeitig aber auch die Teilnahme der Gewerkschaften an der Arbeit der Industrie- und Handelskammern forderte.

Sehr eingehend beschäftigte sich Abg. Dr. H. u. X. (DVP) mit Steuerfragen, wobei er die erst kürzlich bei uns eingeführte Einkommensteuer für Ostschlesien über 300 Einwohner als einen Eingriff in die verfassungsmäßig zugestandene Selbstverwaltung der Gemeinden bezeichnete.

Der Abg. Pfender (CDU) behandelte Wirtschafts- und Flüchtlingsfragen, während der Abg. Becker (KPD) nochmals die Ablehnung seiner Partei begründete. Wirtschaftsminister Wildermuth stellte noch einige Unzulänglichkeiten richtig.

Eine von dem Abg. Kalbfell (SPD) gestellte Anfrage wegen des Aehrenlebens beantwortete Landwirtschaftsminister Dr. Weiß. Die Regierung habe keineswegs die Absicht, die Aehrenlester um ihren zuer verdienten Lohn zu bringen.

Am Ende der Aussprache benutzte Staatspräsident Böck die Gelegenheit, dem Plenum mitzuteilen, daß die Regierung jederzeit zur Entgegennahme von brauchbaren Vorschlägen bereit sei und bereits 24 Stunden nach der Sitzung über die gemachten zahlreichen Anregungen beraten werde.

Das Vertrauen des Landtags

Von 42 abgegebenen Stimmen waren 42 Ja- und 4 Neinstimmen, bei 4 Stimmenthalungen.

Der Landtagspräsident sprach der Regierung zu dieser Abstimmung die Glückwünsche des Hauses aus und forderte das ganze Volk in Württemberg-Hohenzollern, insbesondere die Jugend, der ja das zukünftige Deutschland gehöre, zur Mitarbeit auf.

In zweiter und dritter Lesung wurde dann noch ein Gesetz über die Regelung der Versorgungsbefugnisse der Zivilbesetzten mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1947 einstimmig angenommen und verabschiedet.

Nachrichten aus aller Welt

Amerikanische Zone

STUTTGART. Der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forstwesen des Landes Württemberg-Baden, Heinrich Stöck, wird noch diese Woche Thüringen und Sachsen-Anhalt besuchen, um sich über die dortige Agrar- und Ernährungspolitik zu informieren.

MÜNCHEN. Stichproben in bayerischen Lebensmittelgeschäften ergaben, daß 60 Prozent der während der Stichproben von Klauern vorgelegten losen Kartenschnitte für Fleisch und Fett gefälscht waren.

MÜNCHEN. Etwa 30 000 Juden versammelten sich am vergangenen Mittwoch in München zu einer Demonstration vor dem britischen Konsulat, um die uneingeschränkte Einwanderung nach Palästina zu fordern.

BRUXELLES. Die USA und Großbritannien haben einen neuen Bombentyp (100 kg) herangebracht, der an den ehemaligen U-Bootwerften Farge bei Bremen, die durch über 7 Meter starke Mauern und Betondecken geschützt sind, ausprobiert werden soll.

BERLIN. Nach einer Meldung des amerikanischen Kriegsministeriums werden in Kürze Privatvisen von den USA nach Deutschland zugelassen. Die Genehmigung soll vor allem Eltern und betagten Personen erteilt werden.

Britische Zone

HAMBURG. Zwölf Personen — neun Männer und drei Frauen —, die auf dem Tribüne eines Zuges der Linie Hamburg-Hannover fuhren, wurden in der Nähe von Hamburg durch die offene Lebenskabine eines entgegenkommenden Zuges vom Tribüne gerissen und kamen so ums Leben.

HANNOVER. Die in New York erscheinende deutschsprachige „Neue Volkszeitung“ kann jetzt auch von Deutschen bezogen werden, falls der deutsche Leser seine Freunde und Angehörige in den USA veranlaßt, sie unter Angabe seiner Anschrift zu bestellen.

Ausland

LONDON. Der Briefverkehr mit Deutschland wird auch weiterhin der Zensur unterliegen, erklärte ein Unterstaatssekretär im Foreign Office. Es handle sich jedoch nicht darum, gewisse Teile der Briefe zu zensurieren, sondern darum, Informationen zu erhalten.

LONDON. Die britische Handelsdelegation wird demnächst aus Moskau nach England zurückkehren.

Erörterung der Deutschlandfrage geht weiter

Französisch-britisch-amerikanische Besprechungen in Aussicht

PARIS. Die Verhandlungen, die zurzeit zwischen den Kabinetten von Paris, London und Washington geführt werden, sind dazu bestimmt, die Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, die bezüglich des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Deutschlands bestehen.

Ministerpräsident Ramadier erklärte in einer Rede in Perpignan: „Deutschlands Wiederaufbau darf nicht vor dem unsrigen erfolgen, Deutschland soll erhalten, was es braucht, aber unser industrielles Rüstzeug muß vor dem seinigen wieder aufgebaut werden.“

In der Zeitung „Populaire“ schreibt Léon Blum, daß das Haupthindernis für eine wirkliche effektive Einschaltung Deutschlands in einen europäischen Wiederaufbauplan das noch immer nicht erfolgte Zustandekommen eines Friedensvertrages sei und daß die Erörterung der Deutschlandfrage von einer Konferenz zur anderen verschoben werde.

In London ist man über die amerikanische Kritik an der britischen Verwaltung des Ruhrgebietes sichtlich verstimmt. Es wird behauptet, daß das britische Regime nur deshalb angegriffen werde, weil die USA, die die Absicht hätten, zahlreiche amerikanische Ingenieure im Ruhrkohlenbergbau zu verwenden und Kapital in größerem Umfang zu investieren.

Zwischen dem amerikanischen Gesandten in London, Lewis Douglas, und Bevin fand eine Besprechung statt, in der Bevin nachdrücklich die französische These der militärischen und wirtschaftlichen Sicherheit vertreten haben soll. Bei Durchführung der von den USA vorgeschlagenen Maßnahmen fürchte England einen schädlichen Einfluß auf das politische Gleichgewicht Europas.

Frankreich nimmt verschleppte Personen auf

BADEN-BADEN. Die französische Regierung hat beschlossen, in der französisch besetzten Zone Deutschlands verschleppte Personen zu freiwilliger Arbeit in Frankreich anzuwerben, soweit diese Berufen angehören, die in der französischen Wirtschaft dringend benötigt werden.

Die französische Regierung gibt die feierliche Versicherung, daß jede verschleppte Person, die freiwillig Arbeit in Frankreich annimmt, dort völlig frei und ungehindert ihrer Tätigkeit nachgehen kann, und daß ihre Behandlung in jeder Beziehung völlig der für französische Arbeiter üblichen entsprechen wird.

Man sieht darin in englischen Kreisen ein vorläufiges, wenn nicht endgültiges Scheitern der Verhandlungen. PARIS. Die zurzeit in Europa weilende Gattin des argentinischen Präsidenten Peron trat am vergangenen Montag zu einem mehrstündigen Besuch in Paris ein und wurde vom Präsidenten der französischen Republik feierlich empfangen.

ROM. Das italienische Parlament hat die Regierung ermächtigt, den Friedensvertrag zu ratifizieren. GENUA. 400 000 amerikanische Zigaretten im Werte von sechs Millionen Lire wurden an Bord eines Schiffes im Hafen von Genua beschlagnahmt.

BEograd. Ein jugoslawisches Militärgericht verurteilte den früheren Gauleiter von Kärnten, Dr. Friedrich Rainer und den ehemaligen General Ludwig Kubler zum Tod durch den Strang.

BUKAREST. Die rumänische Regierung hat mehrere Mitglieder der Nationalen Bauernpartei verhaften lassen mit der Begründung, sie seien an dem Versuch, einen Staatsstreich in Rumänien durchzuführen, beteiligt gewesen.

BUDAPEST. Die ungarische Rechtspartei hat ihre Selbstauflösung und ihre Weigerung, an den nächsten Wahlen teilzunehmen, bekanntgegeben.

KAIRO. Der ägyptische Premierminister hat sich nach New York begeben, um die Führung der ägyptischen Delegation bei der UN zu übernehmen.

WASHINGTON. Die panamerikanische Union hat in einer Sitzung beschlossen, den Generalsekretär der UN, Trygve Lie, einzuladen, an der Konferenz von Rio als Beobachter teilzunehmen, damit er die UN über diese panamerikanische Konferenz informieren könne.

WASHINGTON. „Die Zahl der Kommunisten und Mitglieder von Organisationen mit kommunistischer Tendenz in den USA, beträgt etwa fünf Millionen. Ihr Hauptziel ist die Gründung einer dritten politischen Partei“, erklärte der Vertreter der Vereinigung der amerikanischen vaterländischen Verbände in einer Ansprache vor einem Ausschuß des Repräsentantenhauses.

BANGUN. Die burmesische Polizei hat die Attentäter verhaftet, die am vergangenen Samstag die Minister erschossen haben. Ueber die Hintergründe ist bis jetzt noch nichts bekannt.

sprechungen über das Produktionsniveau der Ruhrindustrie unmittelbar bevorstehen.

General Clay betonte vor amerikanischen Pressevertretern, daß die amerikanische Militärregierung in Deutschland keine der von Rußland in der letzten Woche vorgebrachten Reparationsforderungen berücksichtigen werde, bevor nicht das neue Übereinkommen über die deutsche Industrieproduktion in Kraft getreten sei.

Staatssekretär Harriman erklärte auf der ersten Pressekonferenz nach seiner Rückkehr aus Deutschland, daß das Handelsdepartement auf jede Weise zu der Erhöhung der deutschen Industrieproduktion beitragen werde. Das derzeitige Niveau dieser Produktion betrage nur 33 Prozent des Vorkriegsstandes, während die französische und die belgische Industrie bereits 90 Prozent des Standes von 1939 erreicht hätten.

BATAVIA. Seit Ende 1945 hat die holländische Regierung in Niederländisch-Indien vergebens versucht, einen Modus zur Zusammenarbeit mit der indonesischen Republik, die den größten Teil von Java und Sumatra beherrscht, zu finden.

In einem Abkommen vom März 1947 wurde die Autorität der indonesischen Republik über Java und Sumatra anerkannt. Gleichzeitig wurde die Bildung einer indonesischen Föderation unter der obersten Autorität der niederländischen Krone geplant.

Frankreich nimmt verschleppte Personen auf

Bei Druck ausgeübt werden, und zwar weder in Hinsicht auf einen etwaigen Zwang, sich repatriieren zu lassen, noch im Hinblick auf Maßnahmen, um sie daran zu hindern. Der erste Arbeitsvertrag, der diesen Arbeitern zur Unterschrift vorgelegt wird, sieht eine Vertragsdauer von einem Jahr vor.

- 1. In diejenige Zone Deutschlands, in der die als Arbeiter angeworbenen verschleppten Personen ansässig waren, können zurückgeführt werden: a) Arbeitsunfähige oder Personen, die für die Arbeit ungeeignet sind, für die sie angeworben wurden. b) Vertragsbrüchige. c) Personen, die auf Grund ihrer Handlungen oder ihrer propagandistischen Tätigkeit als Gefahr für die öffentliche Ordnung oder für die Sicherheit Frankreichs betrachtet werden müssen.

2. Verschleppte Personen, die im Sinne der im Februar 1946 von der Organisation der Vereinten Nationen gebilligten Resolution als Kriegsverbrecher zu betrachten sind, können von der Rückführung erst nach Abschluß eines Auslieferungsverfahrens ausgenommen werden, dessen Zweck es ist, festzustellen, ob die vorliegenden Beweise ausreichend sind, und ob die betreffenden Staatsangehörigkeit des Landes besitzen, dessen Regierung ihre Auslieferung verlangt.

Alle verschleppten Personen, die sich freiwillig zur Arbeit in Frankreich verpflichten, stehen auch weiterhin unter dem Schutz der internationalen Flüchtlingsorganisation. Sie können sich jederzeit an diese Organisation wenden, die beauftragt ist, sowohl in Frankreich als auch in Deutschland ihre moralischen und juristischen Interessen zu vertreten.

Die Ausschüsse arbeiten

PARIS. Der Koordinierungsausschuß und die vier technischen Ausschüsse der 16er-Konferenz treten zurzeit täglich zu Beratungen zusammen. Die Vertreter der meisten Länder sind gegen eine Planung für zu lange Zeiträume. Noch immer wird an dem Fragebogen gearbeitet, der das Memorandum — es wurde inzwischen der Beschluß gefaßt, für das an die Konferenzteilnehmer zu überreichende Schriftstück die Bezeichnung „Memorandum“ zu gebrauchen — vervollständigen soll.

Militärallianz?

PARIS. Nach Informationen diplomatischer Kreise in Paris hat der amerikanische Staatssekretär Marshall der französischen und der britischen Regierung eine Militärallianz angeboten, die im Falle eines deutschen Angriffs sofort in Wirksamkeit treten sollte. Wie schon Marshalls Vorgänger, Byrnes, im Vorjahre vorgeschlagen hatte, soll die Allianz für 40 Jahre abgeschlossen werden. Byrnes wollte damals Rußland mit einbeziehen, dagegen wäre Marshall bereit, sie auch abzu-

des Potsdamer Abkommens beschlossen wurde. Daß es bis dahin noch ein weiter Weg ist, erhellt aus einer Erklärung des stellvertretenden Leiters der Transportabteilung der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, Oberst John G. Niles, die besagt, daß sich das deutsche Transportwesen in einer gefährlichen Krise befinde und daß die Beförderung von Kohle und Lebensmitteln im kommenden Winter ernstlich in Frage gestellt sei.

Nach letzten Nachrichten soll Staatssekretär Marshall Außenminister Bidault ein Schreiben zugesandt haben, in dem er die französischen Feststellungen zu den Vorschlägen der amerikanischen und britischen Vertreter in Deutschland über das zukünftige Industrienniveau ihrer beiden Zonen und die Verwaltung und Kontrolle der Ruhr zur Kenntnis nahm. Marshall hat nach dieser Meldung Bidault wissen lassen, daß die Regierung der USA jede Erklärung über die Revisionsvorschlüsse noch hinauszögern werde, so daß der französischen Regierung eine angemessene Frist bleibe, sich mit den Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens auseinanderzusetzen.

Krieg in Indonesien

Schon in der vergangenen Woche kam es mehrfach zu Kampfhandlungen. Am vergangenen Sonntag erfolgte der endgültige Bruch und die ersten planmäßigen militärischen Operationen. Die holländische Regierung ist der Meinung, daß sie mit ihrem 120 000 Mann starken, gut ausgerüsteten Heer die 250 000 Mann der indonesischen Streitkräfte zu schlagen imstande sei.

Als erstes wurden alle Gebäude der republikanischen Partei und der öffentlichen Dienste durch holländische Truppen besetzt und Maßnahmen zur Verhütung von Sabotageakten getroffen.

Der Generalgouverneur für Indonesien, van Mook, erklärte in einer Pressekonferenz, daß die niederländische Regierung beabsichtige, sich an die getroffenen Abmachungen zu halten. Der Oberbefehlshaber der republikanischen indonesischen Truppen berichtete am vergangenen Montag, daß der holländische Angriff auf der ganzen Front und im Innern Javas begonnen habe. Zum Teil spielten sich erbitterte Kämpfe ab. An der Ostküste und an der Nordküste von Java sind holländische Truppen gelandet. Der Präsident von Indonesien, Soe Karno, appellierte an die gesamte Bevölkerung: „Wir werden siegen, weil wir für alle Zeiten frei sein wollen.“

Das Foreign Office in London hat bei der amerikanischen Regierung angefragt, ob sie mit einem britischen Vermittlungsversuch in Indonesien zur Beilegung des Konfliktes einverstanden wäre. Die holländische Regierung hat in einem Schreiben an die UN über die Vorränge in Indonesien berichtet. In diplomatischen Kreisen Londons hält man es für nicht ausgeschlossen, daß eine Großmacht des Fernen Ostens, zum Beispiel Indien oder China, das Problem Indonesien vor den Sicherheitsrat bringt.

Außenminister Bevin erklärte zur indonesischen Frage vor dem Unterhaus: „Von den in letzter Zeit vor den Sicherheitsrat gebrachten Fragen haben mehrere keine endgültige und friedliche Lösung gefunden. Die Fälle wurden durch Vetos und alle Arten von wohlüberlegten Schwierigkeiten in die Länge gezogen.“

Einen britischen Vorschlag, den holländisch-indonesischen Konflikt durch eine neutrale Kommission zu regeln, hat die indische Regierung gebilligt, zumal sie in diesem Konflikt eine Gefahr für den Frieden in Südostasien sieht. Holland hat nach der Meinung indischer Kongreßkreise noch nicht begriffen, daß die Weltmeinung nicht geneigt sei, eine Wiederherstellung des Kolonialzustandes in den Ländern zu dulden, deren Unabhängigkeitsbewußtsein jetzt erwacht sei.

General Wedemeyer in China

NANKING. Der Sondergesandte von Präsident Truman, General Wedemeyer, ist in Nanking gelandet und wurde von zahlreichen Persönlichkeiten, u. a. dem chinesischen Verteidigungsminister empfangen. In gut informierten chinesischen Kreisen glaubt man zu wissen, daß General Wedemeyer vor allem erforschen wolle, inwieweit die Russen die chinesischen Kommunisten unterstützen, in welcher Weise sie die Mandchurei ausplündern und welches die wirksamste Hilfe für Tschiangkai-schek sein dürfte. In diesen Kreisen hält man zur Stabilisierung der chinesischen Währung eine amerikanische Anleihe von einer Milliarde Dollar für erforderlich.

schließen, wenn Sowjetrußland sich nicht beteiligt.

Dieses Angebot soll Marshall im Verlauf einer Besprechung mit dem französischen Botschafter in Washington, Bonnet, gemacht haben, um Frankreich davon zu überzeugen, daß es keine Bedrohung durch Deutschland zu befürchten habe, wenn dessen Industrienniveau, insbesondere seine Stahlproduktion, erhöht wird.

Prüfung der Lage

WASHINGTON. Das Repräsentantenhaus nahm am vergangenen Dienstag einen Antrag des auswärtigen Ausschusses an, der die Bildung eines Unterausschusses zur Prüfung der politischen und wirtschaftlichen Lage des Auslands vorsieht. Es wurde beschlossen, fünf Parlamentsgruppen während der Parlamentsferien nach Europa, nach der Türkei und wenn möglich in andere Balkanländer, nach Nordafrika, in den mittleren Orient, nach Südamerika und in den Fernen Osten zu entsenden.

Die Kommission für Europa soll die wirtschaftliche Lage in Europa einschließlich der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland und Oesterreich untersuchen und gleichzeitig den Bedarf der europäischen Länder im Rahmen des Marshall-Planes abschätzen.

Der Schatz im Walde

Heidelbeeren und Waldbeeren, Himbeeren und Brombeeren lernen wir heutzutage wieder so recht „schätzen“... Neben diesen Beerenfrüchten, um die heut viele Menschen stundenweit wandern, schenkt uns der Wald wieder andere, die Pilze. Es wird wohl heuer so mancher auf die Pilzsuche gehen...

Bilder aus dem Calwer Gerichtssaal

Verstoß gegen die Verbrauchsregelung Ein Schreinermeister aus A. stand vor dem Gericht, weil er Schlafzimmer noch nach einem Zeitpunkt abgegeben hatte... Vom Radiostähler zum Einsteigedieb Der kaum Zwanzigjährige, der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, machte keinen guten Eindruck...

des Waldes, die davon zehren, und für den, der die Schönheit der Natur und die Wunder der Schöpfung im Wald aufsucht. Calwer Stadtnachrichten Drittes Meisterkonzert. Am Dienstag, den 29. Juli, findet in Calw, Städt. Turnhalle, das 3. Meisterkonzert mit Heinz Stank und Liselotte Freystötter statt.

Von Geschlechtern und alten Leuten in Neuweiler

Es ist eine bekannte Tatsache, daß „im Wald“ die Menschen ein hohes Alter erreichen. Daß dies in Neuweiler auch der Fall ist, beweisen die zahlreichen alten Leute, die man hier täglich bei der Arbeit beobachten kann... Hofstett. Sie sind zusammen 229 Jahre alt. Das Geschlecht der Seeger tritt auch dreimal auf...

Die fremde Holzbeige als Füller

Wegen eines Holzdiebstahls hatten sich drei junge Burschen zu verantworten. Es bedurfte nicht der Feststellung eines etwaigen Tatbestandes, ob sie zu müde oder zu faul waren, ihre Arbeit zu vollenden... Der heutige 17te Julius hat zu den vielen Uebeln, denen die hiesige Stadt schon seit einigen Jahren ausgesetzt ist, noch ein neues Unglück geholt...

Weiters Flüchtlige im Kreis Calw In den letzten Tagen kamen 128 Neubürger in den Kreis Calw. Es handelt sich meist um Frauen und Kinder, die aus Ostpreußen stammen und im Lager Okobühl in Dänemark untergebracht waren... Krafttransportunternehmer! Das Landesstraßenverkehrsamt Tübingen tritt mit: Zur Durchführung gemeinsamer Aufgaben wird wieder ein Verband der Krafttransportunternehmer gegründet werden...

Blick in die Gemeinden

Hirsau. Am 25. Juli feiert Herr Oberlehrer Bader seinen 66. Geburtstag. Durch seine echt schwäbischen Theaterstücke ist er im ganzen Schwabenland und darüber hinaus bekannt... Urnagold. Außer dem Fluß und der Stadt Nagold gibt es noch den Ort Urnagold. Was für eine Bewandnis hat es damit? Auf den ersten Blick erkennt man, daß die drei Namen in engem Zusammenhang stehen...

Familiennachrichten

Als Vermählte grüßen: Hugo Weik, Lotte Weik, geb. Niehammer, Althengstett / Dek.-bez. Heppenheim, 19. Juli 1947. Unterreichenbach, 22. 7. 1947. Auf dem Heimweg aus russischer Gefangenschaft verstarb an völliger Erschöpfung in einem Erfurter Krankenhaus mein lieber, herzenguter, Mann, der treubesorgte Vater seiner Flieder, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel...

Verkäufe

Zwei Walstreifen samt Schlauch u. Felgen für Motorrad abzug. Angeb. u. C 3054 an S. T. Calw. Kinder-Dreiräder für 3-7-Jährige abzugeben, Angebots u. C 1078 an Schwab. Tagblatt Neuenbürg. Sporttauschsche, braun, kaum getr., Gr. 41; ges. gleichw., Gr. 40. Zu erfragen S. T. Calw. Wolf-Pfütz-Topf, 3-4-M., blaugrau gemalt, fast neu, gegen Reifen mit Schlauch, 4,50-5,50x16 oder erstkl. Radio, Wechselstrom, oder gelb, weißer Küchenherd gegen gewisse Reifen od. Radio. Angeb. u. C 3053 an S. T. Calw. D-Staubsauger, Gr. 44; ges. Sommerkleiderstoff o. D-Halbheube, Gr. 35-37, bequeme Form, Ausr. ert. Gefäßast, des S. T. Calw.

Stellengesuche

Suche Stelle als Kinderpflegerin oder Beiköchin. Zeugnis vorhanden. Angebote unter C 1882 an Schwab. Tagblatt Neuenbürg. Stellenangebote Uhrmacher, Remonteurs, Gangsetzer, Regleure, Regleusen, Kontrollen von Uhrenfabrik nach Südbaden gesucht. Angebote u. C 3036 an Schw. Tagblatt Calw. Röntgenstrahlstrupp. Zwecks Bedienung des Röntengeräts wird möglichst schon eingearbeitete Kraft gesucht. Bewerber an Chefarzt des Versorgungskrankenhauses Tuttlingen. Alleenstraße 10. Tüchtige Lebensmittelverkäuferin in gute Stellung nach Nagold gesucht. Angebote unter C 3050 an Schwab. Tagblatt Calw. Haushälterin, ehrliche, such. Flüchtling, nicht unter 25 Jahren, für frauenlosen Haushalt von 2 Personen in evang. Ortschaft auf dem Lande ohne Landwirtschaft gesucht. Angebote unter C 3051 an Schwab. Tagblatt Calw. Mädchen im Alter von etwa 20 J. für Küche und Zimmerarbeit bei guter Bezahlung sofort gesucht. Emil Seeger, Gasthof zum Löwen, Unterreichenbach.

Veranstaltungen

Konzerdirektion Heinz Hoffmeister, Mannheim. Dienstag, den 29. Juli, 20.30 Uhr, in Calw, Städt. Turnhalle: 3. Meisterkonzert. Heinz Stank, Violine. Am Flügel: Liselotte Freystötter. Werke von Pugnani, Bach, Beethoven, Ernst, Sarasate, Wieniawski, Dvořák, Liszt. — Karten zu RM 3.—, 4.50, 6.—, Vorverkauf Buchhandlung Häußler und an der Abendkasse. Nagold. „Volk spielt fürs Volk“. Alhaca-Harmonika-Orchester. Mittwoch, 30. Juli, 20.30 Uhr, im Saalbau zur „Traube“. Eintritt RM 3.— und 2.—, Vorverkauf ab Dienstag in der Traube. Der Erlös fließt dem Sozialen Hilfswerk der Stadt zu. Nagold. „Stadtacker“. Sonntag, den 27. Juli, letztmals Volksbeiratsung für Jung und Alt. Einladung zur offenen Unterrichtsstunde für Angehörige und Freunde meines Gymnastik-Kreises. Samstag, den 26. Juli, 17.00 Uhr, in Nagold, „Gasthaus zum Löwen“. Elisabeth Oppermann, Gymnastik-Lehrerin. Pecht soll kl. Landwirtschaft übernommen werden, in Koroll frz. Zone, Ang. C 1894 S. T. Nbg. Eisen- und Holzlieferer erhalten auf Kompensationsweges Kinder-sportwagen geg. Materialgefall, aus laufend. Produktion, Angeb. u. C 1875 an S. T. Neuenbürg. Biete 1 evantl. 2-Zimmer-Wohnung mit Küche in Calw, suche ein Zimmer mit Küche in Pforzheim oder Birkenfeld. Zuschreiben unt. C 3049 an Schw. Tagblatt Calw.

Geschäftliches

Badisch-Württemberg. Staatslotterie 15 007 Goldgewinne im Gesamtbeitrag von 770 000 RM. Hauptgewinn auf ein Los zu RM 2.— 20 000 RM. Hauptgewinn auf ein Doppel-Los zu RM 4.— 40 000 RM. Hauptgewinn auf ein Dreifach-Los zu RM 6.— 60 000 RM. Alle Gewinne sind einkommensteuerfrei. Ziehung am 12. August 1947. Lose sind ab sofort an allen Orten Süd-Württembergs und Hohenzollerns in 1000 kreuzförmig gemachten Verkaufsstellen zu haben, auf Wunsch direkt von

Verschiedenes

Achtung! Heimkehrer! Wer ist der junge Mann, der vor kurzem aus der Gefangenschaft kam und über Helms Egg, Reulingen, Auskunft geben kann, Fritz Egg, Teperziererschiff, 114a) Reulingen, Katesheimerstraße 153. Klavier-Techniker und -Stimmer der Klavierfabrik Pfeiffer, Stuttgart, kommt in die Gegend. Anmel-dungen an die Geschäftsstelle des Schwab. Tagblatt Calw. Excellent! Geb. elektr. Wäscherei mit Wohnung. An Stelle fer